

Deutschland-Hannover: Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen**OJ S 165/2023 29/08/2023****Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha)

Postanschrift: Karl-Wiechert-Allee 60c

Ort: Hannover

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Postleitzahl: 30625

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH;

Podbielskistraße 344, 30655 Hannover

E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de

Fax: +49 51159097566

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.kanzlei-dagefoerde.de**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Abfallentsorgungsgesellschaft Region Hannover mbH (ARH)

Postanschrift: Karl-Wiechert-Allee 60c

Ort: Hannover

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Postleitzahl: 30625

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH;

Podbielskistraße 344, 30655 Hannover

E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de

Fax: +49 51159097566

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.kanzlei-dagefoerde.de**I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBL6P2K/documents>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBL6P2K>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Postanschrift: Podbielskistraße 344
Ort: Hannover
NUTS-Code: DE929 Region Hannover
Postleitzahl: 30655
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de
Fax: +49 51159097566
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kanzlei-dagefoerde.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers
Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)
Andere Tätigkeit: Abfallwirtschaft

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Übernahme und Verwertung PPK aus der Region Hannover
Referenznummer der Bekanntmachung: 16a-2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Übernahme und Verwertung des in der Region Hannover durch die Auftraggeber gesammelten Altpapiers (Papier, Pappe, Kartonagen - PPK) aus privaten Haushalten und dem gewerblichen und öffentlichen Bereich. Gegenstand des zu Auftrages ist die Übernahme des vom Auftraggeber aha gesammelten Altpapiers, der PPK-Verkaufsverpackungen (soweit nicht an die Systembetreiber heraus gegeben) und des für die ARH gesammelten gewerblichen Altpapiers sowie die anschließende ordnungsgemäße Verwertung.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Region Hannover Mitte
Los-Nr.: 1

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Hauptort der Ausführung: Region Hannover Mitte

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Übernahme und Verwertung des durch die Auftraggeber in folgenden Städten und Gemeinden gesammelten Altpapiers (Geschätzte Gesamtmenge ca. 52.800 Mg/a):

- Landeshauptstadt Hannover (Zu den Ortsteilen siehe Anlage B01 zur Leistungsbeschreibung)
- Seelze (Ortsteile Almhorst, Döteberg, Harenberg, Kirchwehren, Lathweren, Letter, Velber)
- Hemmingen
- Langenhagen
- Gehrden
- Ronnenberg
- Laatzen
- Pattensen

Die genaue Aufteilung wird in Anlage B01 zur Leistungsbeschreibung beschrieben.

Es sind durch den Auftragnehmer zwei Übernahmestellen in von dem Auftraggeber vorgegebenen Bereichen des Losgebietes anzubieten und zu betreiben. In diesem Los soll eine Menge von 15.410 Mg/a vom Auftragnehmer an die Dualen Systeme übergeben werden. Näheres hierzu regelt die Leistungsbeschreibung.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Auftraggeber kann durch einseitige Erklärung das Vertragsverhältnis um ein weiteres Jahr nach Ablauf der Grundlaufzeit verlängern. Dieses Optionsrecht muss der Auftraggeber dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit schriftlich anzeigen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Region Hannover Umland

Los-Nr.: 2

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Hauptort der Ausführung: Region Hannover

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Übernahme und Verwertung des durch die Auftraggeber in folgenden Städten und Gemeinden gesammelten Altpapiers (Geschätzte Gesamtmenge ca. 34.200 Mg/a):

- Burgdorf
- Uetze
- Lehrte
- Sehnde
- Wedemark
- Burgwedel
- Isernhagen
- Neustadt
- Garbsen
- Seelze (Ortsteile Seelze, Dedensen, Gümmer, Lohnde)
- Wunstorf
- Barsinghausen
- Wennigsen
- Springe

Die genaue Aufteilung wird in Anlage B01 zur Leistungsbeschreibung beschrieben.

Es ist durch den Auftragnehmer eine Übernahmestelle Bereich West des Loses im von dem Auftraggeber vorgegebenen Bereich des Losgebietes anzubieten und zu betreiben. Im Bereich Ost kann der Auftragnehmer gegen Zahlung eines Entgelts in Höhe von 10 EUR/Mg auf die Übergabestelle des Auftraggebers zurückgreifen. Alternativ zur Nutzung der Übergabestelle des Auftraggebers kann der Auftragnehmer auch für den Bereich Ost des Loses eine eigene Übergabestelle zur Verfügung stellen. Die Übergabestelle muss sich in dem von dem Auftraggeber vorgegebenen Gebiet befinden. In diesem Los soll eine Menge von 17.085 Mg/a vom Auftragnehmer an die Dualen Systeme übergeben werden. Näheres hierzu regelt die Leistungsbeschreibung.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Auftraggeber kann durch einseitige Erklärung das Vertragsverhältnis um ein weiteres Jahr nach Ablauf der Grundlaufzeit verlängern. Dieses Optionsrecht muss der Auftraggeber dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit schriftlich anzeigen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Eintragung in das Berufsregister

Nachweis der Eintragung in das Handelsregister, Anmeldung des Gewerbes oder gleichwertiger Nachweis.

2. Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb

Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb gem. §§ 56, 57 KrWG in der jeweils gültigen Fassung für sämtliche Tätigkeiten der ausgeschriebenen Leistung. Im Falle der Benennung von Unterauftragnehmern ist dieser Nachweis für den Bieter und die Nachunternehmer bezogen auf den jeweils vorgesehenen Leistungsteil vorzulegen. Bei Bietergemeinschaften ist für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft ein EFB-Zertifikat für die Tätigkeit(en) vorzulegen, die dieses Mitglied der Bietergemeinschaft im Auftragsfall erbringen wird.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

3. Haftpflichtversicherung

Nachweis einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung durch Deckungsbestätigung der Versicherung oder verbindliche Bestätigung der Versicherung, im Auftragsfall eine entsprechende Deckung zu gewähren.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 3.: Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens 3,0 Mio. EUR je Schadensfall. Die Deckungssumme muss pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

4. Referenzleistungen

Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen. Nicht überprüfbare Referenzen werden nicht berücksichtigt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 4.: Es sind mindestens 3 vergleichbare Referenzleistungen vorzulegen.

Vergleichbar sind Aufträge, bei denen alle nachfolgenden Merkmale vorliegen:

- Auftragsgegenstand ist die Übernahme und Verwertung gesammelten Altpapiers aus den letzten fünf Jahren vor Abgabe des Angebots.

- Die als Referenz genannten Aufträge müssen innerhalb des vorgenannten Fünfjahreszeitraumes jeweils mindestens ein Jahr ununterbrochen bestanden haben.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 25/09/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/11/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 25/09/2023 Ortszeit: 12:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3. Zusätzliche Angaben

1) Ergänzung zu Ziffer III (weitere Eignungskriterien):

5. Gesetzliche Ausschlussgründe

Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.

6. Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Eigenerklärung zur Einhaltung von Mindestlohnstandards nach § 4 Abs. 1 NTVergG.

7. Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.

2) Nachunternehmer

Bewerber haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (Teil D, Anlage D02) anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. Das Nachunternehmerverzeichnis ist auch dann auszufüllen und abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.

3) Eignungsleihe

Sollte ein Bewerber die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein weiteres Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er bei Abgabe des Teilnahmeantrags seine Verfügung über die Ressourcen des weiteren Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem mittels einer Verpflichtungserklärung (Teil D, Anlage D03) nachzuweisen.

4) Bewerber-/Bietergemeinschaften:

Für Bewerbergemeinschaften muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Teil D der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer (späteren) Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist die Bewerbergemeinschaftserklärung (Teil D, Anlage D04) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes durch den Auftraggeber wird die Bewerbergemeinschaft zur Bietergemeinschaft. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Änderungen an der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft gegenüber der Zusammensetzung als Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.
Bekanntmachungs-ID: CXP4YBL6P2K

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 413115-3306

Fax: +49 413115-2943

Internet-Adresse: https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer/vergabekammer-niedersachsen-144803.html

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 155 ff. GWB. Die zuständige Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein (§ 160 Abs. 1 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

24/08/2023